

Des Teufels General

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 06.02.2002

1. In der Hautsache

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

Des [Teufels General](#), ein Film, den man sich im Original mit Curd Jürgens anschauen sollte.

Ein Film, der wenn man Wissen besitzt die Schwierigkeit erkennen lässt, wo Recht anfängt und Unrecht endet und vor allem, wo diese beiden sich vermengen.

Eine kurze Abhandlung davon kann man sogar beim [DLF](#) finden. Und ja, das Unrecht in der Gestalt des SS Gruppenführers Schmidt-Lausitz wird wieder einmal klar aufgezeigt. Wer aber dieses Unrecht geschaffen hat, das ist auch in diesem Film wieder nicht zu erfahren. Es braucht also tatsächlich Wissen und dabei das Können die Lösung der vierfachen Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde zu finden. Eine Aufgabe, die uns unser großer Philosoph Arthur Schopenhauer aufgegeben hat.

Es ist mitnichten genug damit getan, das Unrecht in das Rampenlicht zu ziehen, was schon erst einmal gut ist; es braucht das Licht aber auch hinter den Kulissen, um zu erkennen, wer die Strippenzieher des Unrechts sind.

Des Teufels General Harras aus dem Film, der Verantwortliche für eine funktionsfähige Luftwaffe, ist eine zwiespältige Gestalt. Die Gestalt des Chefkonstruktors Oderbruch, der von dem Fehler weiß, warum die Flugzeuge nicht richtig funktionieren, ist zwar dem Recht einen Schritt näher aber immer noch zwiespältig. Wer war zu Hitlers Zeiten dem Recht nahe genug um nicht mehr zwiespältig zu sein?

Ich glaube, dass das auch heute noch kein Mensch ist, denn das wäre der Idealzustand eines Menschen, was aber wiederum der Menschlichkeit widerspricht, denn kein Mensch ist ohne Fehler und wenn sie auch noch so geringfügig sind.

Kein Ding in der Natur ist so perfekt, dass es nicht noch besser ginge. Also braucht es immer wider die Geduld der Vernunft, um besser zu werden. Besser zu werden, was eine unendliche Aufgabe bedeutet. Unendlich wie das weite All, unendlich klein, wie das Kleinste was es im weiten All gibt. Ein Atom eines Elementes oder irgendeines Dinges ist bereits so klein, dass es für den normalwissenden Menschen fast schon gar nicht gedanklich zu fassen ist. Dann geht es noch kleiner, zu den Protonen und Elektronen und dann noch kleiner, das dann für die [heutige Wissenschaft](#) schon das Ende ist. Aber ist es wirklich das Ende und wo ist das Ende des Alls? Braucht es derzeit das Wissen um das noch kleinere oder um das, was am Ende des Alls tatsächlich ist? Braucht es nicht erst einmal ein umfassendes Wissen über unseren blauen Planeten und vor allem, wie man dessen Erhalt anstellt? Muss der Mensch etwas für den Erhalt unseres Planeten tun? Wenn er ein Teil der Natur, wie ein Tier wäre, dann bräuchte er nichts dafür zu tun. Denn die Natur sorgt in sich für den Erhalt.

Wenn Populationen (Teile einer Art) zu groß werden, dann ist es gegeben, dass durch Seuchen, durch Brände oder anderes der weiteren Ausdehnung ein Ende gesetzt wird und auf dem Ausgelöschten die Natur in sich selbst wieder entsteht. Der Mensch hingegen durch sein größeres Gehirn zum Denken befähigt, ist in der Lage die Natur zu seinen Gunsten zu beeinflussen, was aber

bis dato zum größten Teil zu Ungunsten der Natur geschieht.

Schaut man z. B. in die VR China, ist dort viele Jahre auf Kosten der Natur gehandelt worden. Aber seit Ende der 1980er Jahre hat die VR China, also deren Volk, verstanden, dass ohne eine lebendige Natur der Mensch nicht mehr bestehen kann, da der Mensch nur ein kleiner Teil der Natur ist. Die westliche Welt hingegen ist nach wie vor darauf ausgerichtet, größtmöglichen Profit zu schöpfen und das auf Kosten der Natur und dabei auch auf Kosten des kleinen Teil Mensch.

Generäle in der Armee des Teufels gibt es viele; nach den Generälen kommen Offiziere, bei weitem mehr als Generäle, danach die Unteroffiziere, wiederum weit mehr als Offiziere und dann in der großen Menge die einfache Mannschaft und diese ebenfalls noch einmal in Dienstgrade untergliedert. Wer aber steht auf der anderen Seite, auf der Seite der Armee der Vernunft?

Man möchte meinen, dass es nur wenige Atome sind, die gegen Gebirge stehen, die aber die positive Kraft der Vernunft in sich haben und sich diese Kraft vereinen kann und bekanntlicherweise birgt zwar eine Atomteilung (Kernspaltung) eine sehr hohe Energie; eine Atomvereinigung (Fusion) hingegen birgt eine weit aus höhere Energie, die man bestens bei der [Energie unserer Sonne](#) erkennen kann.

Wohin will ich mit meinem Gesülze?

Zu den heutigen Generälen des Teufels, die nicht gewillt sind für Rechtsstaatlichkeit zu sorgen und sich lieber der Rechtsstaatswidrigkeit hingeben, weil es sich dabei leichter leben lässt, da man ja ansonsten angeblich für die Einhaltung von Recht und Gesetz sorgt.

Jetzt ist aber diesen Generälen, ich meine hierbei die hohen Richter der Bundesgerichte, ihre Angeblichkeit für Recht und Gesetz zu sorgen, bestenfalls unklar, inzwischen von mir aber bewiesen, dass sich viele dieser Generäle mit unbedingtem Vorsatz gegen Recht und Gesetz vergehen.

Was ist Recht?

Von mir ganz einfach gesagt, sind es die geordneten Verhältnisse, die die zwischenmenschlichen Beziehungen festschreiben. Die zwischenmenschlichen Beziehungen in der heutigen Zeit, deren Gesellschaftsordnung die Volksherrschaft ist, werden grundhaft in einem [Gesellschaftsvertrag](#), festgeschrieben, wie ihn Jean Jacques Rousseau (1712-1778) grundsätzlich als notwendig erachtet hat. Dieser Gesellschaftsvertrag von der Gesamtheit des Volkes in seiner Mehrheit mit einem Kraftakt (Volksabstimmung) in Kraft gesetzt, erhebt den Gesellschaftsvertrag in den Status einer Verfassung. Eine Verfassung ist also das oberste Recht, das die Menschen, zu denen man auch Richter zählen sollte, so lange diese sich nicht selbst zu Unmenschen machen, eingehalten werden muss. Auf diesem Recht bauen sich dann Gesetze auf, was dann letztendlich von mir als gültiges deutsches Recht und Gesetz bezeichnet wird. Da aber, seitdem man den deutschen Staat als Demokratie/Volksherrschaft bezeichnet, das Volk keinen Gesellschaftsvertrag mit Kraftakt zu einer Verfassung erhoben hat, fehlt mir doch eigentlich gültiges Recht.

Einmal, weil die Weimarer Verfassung zwar von einer Nationalversammlung erstellt wurde, dann aber nicht mit einem verfassungsgebenden Kraftakt des deutschen Volkes in Kraft gesetzt wurde, sondern einzig und allein durch den SPDler Ebert, dessen Reichspräsidentschaft auf Parteienbeschluss beruhte und nicht auf dem Willen des Volkes. Da gäbe es noch das Grundgesetz **für** die BRiD. Dieses aber ist eben nur ein Grundgesetz für eine staatsrechtliche Verwaltung nach Art. 43 HLKO, wie es von mir immer wieder aufgezeigt wurde und es vor mir [Carlo Schmid bei seiner Rede vor dem Parlamentarischen Rat](#) getan hat.

1990 mit der Aufhebung des Art. 23 GG alte Fassung Durch die drei Westmächte über ihr Vorbehaltsrecht aus dem [Genehmigungsschreiben zum GG vom 12.5.1949](#), wurde ohne Geltungsbereich das GG rechtsungültig. Dagegen hilft auch nicht die neue Präambel des GG aus dem Jahr 1990, da diese einen [erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt](#) des deutschen Volkes in sich birgt.

Worauf baue ich, der rotzige Querulant, das gültige Recht?

Auf das fortgebildete verbindliche Völkerrecht auf der Grundlage der UN Charta und insbesondere den beiden [Menschenrechts pakten](#). Das ist dann das gültige Recht, auf dem die gültigen Gesetze grundieren. Das gültige Recht in seiner positiven Form, das einst auf der Grundlage der kaiserlichen Verfassung stand und 1945 von den alliierten Besatzungsmächten von hitlerfaschistischen willkürlichen Regeln befreit wurde.

Willkürlich, weil die Hitlerschergen keine verfassungsgemäße Grundlage hatten, um rechtsgültige Regeln, die man als Gesetze bezeichnet, zu schaffen.

So sind dann im zuge dessen auch die sog. Gesetze, die durch die BRiD Verwaltung nach der Aufhebung des Art. 23 alte Fassung GG geschaffen wurden, nichts weiter als willkürliche Regeln. Dieser Zustand herrscht auch trotz, dass die BRiD Verwaltung sich auf Wahlen berufen kann, die mit den Bewohnern des Bundesgebietes abgehalten werden.

Der Begriff Bewohner des Bundesgebietes entnommen aus dem Art. 25 GG, bedeutet alle Bewohner des Bundesgebietes, das bis 1990 die drei Westbesatzungszonen umfasste und 1990 mit der feindlichen Übernahme der DDR inzwischen alle vier Besatzungszonen bezeichnet und diese den Restkörper des deutschen Staates darstellen. Restkörper = Staatsgebiet.

Da aber die BRiD, also ihre Verwaltung sich angeblich dem Rechtsstaatsprinzip unterstellt, sollte es der Verwaltung auch möglich sein, die dazugehörige rechtsgültige verfassungsgemäße Grundlage aufzuzeigen. Dazu ist die Verwaltung als Angehörige der Bewohner des Bundesgebietes nach Art. 25 GG verpflichtet. Denn dieser schreibt das verbindliche Völkerrecht als verpflichtend fest, was ja nichts weiter als richtig **wäre**, wenn denn das GG eine rechtsgültige verfassungsgemäße Grundlage **wäre**.

Da dies aber nicht so ist, kann insbesondere der Justiz, ein Teil der BRiD Verwaltung, das verbindliche Völkerrecht am Allerwertesten vorbeigehen, was die Justiz aber nicht nur mit dem verbindlichen Völkerrecht macht, sondern auch mit den Vorgaben der hohen bundesdeutschen Gerichte, da ja genau diese es sind, die dieses Vorbeigehenlassen (Nichttangieren) vormachen.

Ich möchte hier auf einen speziellen Fall eingehen, der meine privatpersönliche Chefin (ppC) und mich selbst betrifft.

Bei bundvfd.de stehen allerlei Streitsachen unter Strafanträge/Strafanzeigen, bei dessen Unterpunkt [>Sachsen<](#) bäumt sich die Fülle bis dato unverdrieslich auf.

Also komme ich zu Potte und muss dafür trotz allem ungeheuer weit (ca. 20 Jahre), zumindest für das Gefühl mancher, zurückgehen.

Fast eine Generation ist es her, als man Jemand, der sich als geeignet dafür bezeichnete, gewerbliche Unternehmen im weltweiten Netz bekannter zu machen, ausgab seitens eines Gastronomiebetriebes den Auftrag dazu erteilt. Der Gastronomiebetrieb, der in der DDR vom Gasthof „Zum deutschen Adler“ in „Hotel Adler“ umbenannt wurde, war der Ausgangspunkt für die Tätigkeit. Die ersten Gespräche fanden noch unter „Hotel Adler“ statt. Vorerstveröffentlichungen im Netz wurde aber vermeintlich rechtzeitig (6 Wochen) die Rückumbenennung zum Gasthof „Zum

deutschen Adler“ mitgeteilt. Das hat dem bemerkenswert Bezeichneten (bB) nicht berührt und hat die Bekanntmachung unter „Hotel Adler“ veröffentlicht. Dem bB wurde dieser Fehler sofort mitgeteilt, wobei die Rechnungslegung zu der ersten Hälfte (ein Jahr) trotzdem in voller Höhe erfolgte ohne auf die fehlerhafte Ausführung einzugehen. Diese Teilforderung des Vertrages wurde trotzdem befriedigt, mit dem nochmaligen Hinweis, den alten, den richtigen Namen der Gastronomieeinrichtung „Gasthof zum Deutschen Adler“ zu verwenden.

Was geschah, die Bezeichnung blieb unverändert falsch auch im zweiten Jahr des Vertrages stehen, daher wurde die Begleichung der Forderung entsprechend begründet verweigert. Das baute sich dann soweit auf, dass diese Streitsache vor Gericht ging.

Man stelle sich vor, in einem Ort, der von seiner Verwaltung an den Grenzen die Flagge der zwölf Stämme (zwölf goldene Sterne auf blauem Grund) aufgestellt bekam, erdreistet sich der rotzige Querulant Opelt die Gastronomieeinrichtung wieder auf die Bezeichnung, die sie seit der Errichtung Ende des 19. Jahrhunderts getragen hat, zurückzusetzen. „Deutscher Adler“, ein sog. „no go“ in dieser aufgeheizten Stimmung, in der Opelt von allerlei Widrigkeit als Nazi bezeichnet wurde.

Mitnichten ist Opelt ein Nationalzionist, dafür aber ein nationaler Sozialist.

Nationalsozialist wiederum nicht mit den Hitlerschergen zu vergleichen, denn diese haben diesen Begriff Nationalsozialist genauso missbraucht, wie die Zionisten den Begriff Antisemitismus.

Bernt Engelmann hat in seinem Buch „[Einig gegen Recht und Freiheit](#)“ auf Seite 359 deutlich aufgezeigt, dass das NSDAP Programm aus dem Jahr 1920 für die Hitlerschergen nichts weiter war als ein Schafspelz für den Wolf:

„Die Programmpunkte 11 bis 21 der NSDAP, die noch aus dem Jahre 1920 stammten und viele Vertreter der alten Geld- und Machtelite verschreckt hatten – »... 11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens... 12. ... restlose Einziehung aller Kriegsgewinne. 13. ... Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe. 14. ... Gewinnbeteiligung an Großbetrieben. 15. ... großzügigen Ausbau der Altersversorgung ... 16. ... sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser ... 17. ... eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation. 18. ... rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen ... 19 ... Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht ... 20. ... Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern auf Staatskosten ... 21. ... Verbot der Jugendarbeit...“

«–, wurden nicht verwirklicht; sie hatten nur dem Stimmenfang gedient. Nein, an Sozialismus, an die »soziale Revolution«, dachte die Hitler-Regierung ebensowenig wie einst Ebert.“

Soweit im Querdenken und nun geradlinig wieder nach vorn um bei der Sache zu bleiben.

Erst wurde Opelt wirtschaftlich zerstört und als es diesem gelang seine ppC als Nachfolger bei der Sparkasse einzusetzen, ging es nach kurzer Zeit trotzdem weiter. Erst einige Jahre später wurde Opelt gewahr, warum die Sparkasse mitgespielt hat; es ging um den Kreditverlust, der bei Opelt noch nicht mit einer Kreditausfallversicherung abgesichert war und man das dann bei der ppC nachholte.

Es war also in der Zeit des Streites mit dem bB dazugekommen, dass erst der rqO und dann seine ppC zielgerichtet in die Insolvenz getrieben wurden und das von der Justiz besiegelt.

Aufgrund der fehlenden Befriedigung des bB durch Opelt und ppC, hat dieser ein

Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet, wobei jedoch davon die ersten beiden keine Kenntnis bekamen, weil ihnen dazu der sog. gelbe Brief **nicht wirklich** zu gestellt wurde, da die dazu gültige Gesetzesnorm der ZPO mit willkürlicher Regel verfälscht wurde und so ein unverbeamteter Zusteller die vermeintliche Zustellung bestätigen darf.

Es ging weiter, dass obwohl rQO nach bridlerischem Recht gar nicht mehr Eigner des Gastronomiebetriebes, dieser trotzdem vom bB als Schuldner beklagt wurde. BB konnte jedoch die Forderung nicht eintreiben und hat sie deswegen an eine Inkasso Firma veräußert. Diese hat nun ein weiteres Vollstreckungsverfahren, diesmal aber gegen die ppC angestrebt, und um diese Sache geht es nun. Bis hierhin ein Chaos ohne gleichen, angerichtet von der BRiD Verwaltung und ihrer Willkür mit der Behandlung von gültigem deutschem Recht und Gesetz.

Der Gerichtsvollzieher bestellte daraufhin die ppC ein, aufgrund derer wirtschaftlichen Zerstörung aber erfolglos. Der rQO das sofort bei der vorgesetzten Stelle dem AG Plauen beschwert. Ein kurzes hin und her. Der Chef des AG Plauen (die Tolksdorf) nicht in der Lage dem rQO zu folgen, hat deswegen der Sache kein rechtliches Gehör gegeben.

Dazu kam eine Mitteilung des AG Plauen, worauf der rQO sofortige Beschwerde beim AG Plauen einlegte. Diese Beschwerde hat nun das AG mit Tolksdorf vollkommen überfordert und wurde deshalb an das LG Zwickau weitergegeben.

Das LG Zwickau, dass dem rQO aus zwei Versammlungen im Jahr 2005 noch in Erinnerung hatte.

Nach zwei Versammlungen wegen angeblichen Amtsmissbrauchs, in der sich Opelt als Ministerpräsident und anderes des Reichslands Freistaat Sachsen bezeichnet hat. eine Bezeichnung, die ohne Zweifel der eines Karnevalsprinzen gleichkommt, da es ein Reichsland Freistaat Sachsen rechtlich genau sowenig gab wie die Weimarer Republik aufgrund der fehlenden rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage. Trotzdem hat das LG in Form seiner Kasse nach diesen zwei Versammlungen den Opelt als Gesamtministerium des Reichslandes, insbesondere als Ministerpräsident angeschrieben.

Weiterhin bedeutet Amtsmissbrauch die tatsächliche Durchführung von Amtsgeschäften, also öffentlich rechtlichen Geschäften wie es sich eben die BRiD Verwaltung anmaßt, ohne eine verfassungsgemäße Grundlage zu haben. Opelt hat zu keiner Zeit solche Geschäfte betrieben, auch deswegen keinen Amtsmissbrauch getätigt. Das einzige, mit dem der rQO der bridlerischen Justiz auf den Geist gegangen ist, war, dass er diese beständig immer wieder aufgefordert hat, den Nachweis zu erbringen, was sie berechtigt für und wider Reichs- und Staatsangehörige tätig zu werden. Damals war die Verbindung zu Herrn Dietrich Weide in Hamburg noch nicht gegeben und somit noch nicht die „7 Lügen der Präambel“ in den Ring geholt worden. Opelt hat aber bereits darauf hingewiesen, dass das reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz bis in das Jahr 1999 gegolten hat und dann ohne einen Volksentscheid mit einer willkürlichen Regel ersetzt wurde. Er hat vor dem LG Zwickau damals aufgezeigt, dass nicht er, sondern die andere Seite die Amtsanmaßung begeht. Der damalige vorsitzende Richter Sommer kam darauf in Vereinbarung, dass man, Beide, eine Rechtsauffassung besitze, die sich aber unterscheidet, die des vorsitzenden Richters aber mit der Exekutive jene wäre, die durchgesetzt werden kann.

Zurück zu der Sache der Zwangsvollstreckung des gerichtlichen Ablaufs bis in den Januar 2017 mit der Beschwerde von Opelt, die dieser bereits seit damals auf der Seite bundvfd.de stehen hat.

Fünf Jahre hat es gedauert bis das LG Zwickau sich gemüßigt gefühlt hat, auf die Beschwerde zu antworten und das diesmal mit ganz normaler Post, also ohne den gelben Brief, an rQO und an ppC

in doppelter Ausführung an die gleiche Adresse in denselben Hausbriefkasten. Nicht faul der rqO mit [seiner Antwort an das LG](#), die aber allein als Ankündigung der Schadenersatzforderung gehalten wurde, weil es keinen Zweck hat, wenn er sich allein weiter aus dem Fenster lehnt um gegen die Rechtsstaatswidrigkeit einzuschreiten. Hier fehlen all jene, die ihre Kraft bei den verschiedenen Demos von den Neppern, Schleppern, Bauernfängern wie den Führern der Querdenkerbewegung an die Brandmauer der Zionisten karren lassen, um den berechtigten Zorn in Schall und Rauch aufgehen zu lassen, sprich mit Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren abzuwürgen.

Schauen wir doch einmal etwas tiefer in die sofortige Beschwerde, die rqO im Januar 2017 verfasst hatte.

Da kommt der rqO in bezug auf die Tolksdorf auf einen Kleingeist gleich einer Besenkammerfee, den man dann durchaus als Beleidigung auffassen könnte und Opelt den Vergleich abschwächte, in dem er auf die zwei Examen, die Tolksdorf benötigte, um in ihre Stellung zu gelangen, hinwies.

Vertiefen wir uns einmal in den Besenkammerfeengeist (BKF), den man durchaus dazu gebrauchen kann, um die Strafbarkeit von fahrlässig über grob fahrlässig weiter dem Vorsatz bis hin zum [unbedingten Vorsatz](#) zu erklären.

Fahrlässig ist, wenn die BKF aus reiner Liebe und Lust mit ihrem Geliebten Sex in der Besenkammer hat, dabei aber nicht beachtet, dass mit dem Erguss ein Kind entstehen kann, obwohl sie aufgeklärt ist. Grob fahrlässig ist die BKF, wenn sie das alles weiß, aber auf einen Gummi wegen des besseren Gefühls verzichtet, obwohl sie ein Kind noch nicht will. Vorsatz wird es, wenn das alles geschieht und mit dem Kind was entsteht, einen vermeintlichen Geliebten abzocken zu können. zum unbedingten Vorsatz wird es, wenn die ganze Sache nicht vaginal abläuft, sondern oral und dann ein Teil des Ergusses aus dem Mund in die Vagina von der BKF eingebracht wird.

So wäre also fahrlässig, wenn ein Gutmensch im Glauben ist, recht zu haben, dabei aber irrt. Grob fahrlässig wäre, wenn dieser Gutmensch über die Sache das Gesetz vorliegen hat, dieses aber nicht beachtet. Vorsatz wird es, wenn er diese Missachtung zum eigenen Vorteil begeht. Unbedingter Vorsatz ist es, wenn er genau weiß, dass der Vorsatz z. B. nach den Vorschriften des Völkerstrafgesetzbuches strafbar ist, sein Handeln aber trotzdem mit Vorsatz weiter betreibt, weil er darauf bedacht ist, von höherer Stelle, den Herren des deutschen Volkes, weiter geschützt zu werden.

„Es hat den Anschein...“, ist erneut eine Möglichkeit, die im Zorn geäußerte Meinung, dass die Herren „Richter“ in der Art von Freisler & Co. ihr Werk vollziehen, abzuschwächen um keine Beleidigung zu begehen. Dabei sollte man aber immer wieder angemahnt den Pfad der Vernunft nicht verlassen, da ansonsten der Zorn in Hass umschlägt und dieser den Menschen in die geistige Blindheit versetzt und schlimmstenfalls zur Gewalt antreibt, die nicht mehr mit Vernunft begrenzt ist. Denn wie bereits in vorherigen Sonntagsworten aufgezeigt, ist die vernunftbegrenzte Gewalt die Gewalt, die einem Rechtsstaat zur Verfügung steht, um diesen zu leiten und zu schützen. Vernunftbegrenzte Gewalt in ihrer obersten Form als eine wahrhafte und vom Volk tatsächlich in Kraft gesetzte Verfassung.

Jetzt kommt in der sofortigen Beschwerde noch der Vorwurf, dass die zwei Examen bei Prof. Ast in der Baumschule gemacht worden wären. Diese Erniedrigung seitens des rqO gegen die Tolksdorf zeigt auf, dass der rqO keinen Respekt gegenüber Tolksdorf hat. Er setzt dieser Erniedrigung aber wiederum sofort die Begründung bei, denn was ist einfacher für einen, der ein Rechtsstudium abgeschlossen hat und daraufhin noch zwei Examen abgelegt, als aus dem Art. 1 des 2+4 Vertrag herauszulesen, dass das vereinte Deutschland sein wird, um dann darauf zu stoßen, dass dieses

sein wird im Art. 9 desselben klar aufgezeigt ist, denn dort steht: „Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeerkunde durch diese Staaten in Kraft.“

Die Sowjetunion hat diese Ratifikation erst am 15.3.1991 vollzogen. So wäre erst von diesem Tag ab ein vereintes Deutschland auf der Grundlage des 2+4 – und des Einigungsvertrages entstanden. Nun hat aber ein vermeintlich vereintes Deutschland den 2+4 bereits am [13.10.1990 ratifiziert](#). Ein Ding der vollkommenen rechtlichen Unmöglichkeit, da wie gerade gesagt, ein vereintes Deutschland frühestens am 15.3.1991 hätte entstehen können.

Es hätten einzig die staatsrechtlichen Verwaltungen BRD und DDR einzeln ratifizieren können, was aber nicht geschehen konnte, da zwar die staatsrechtliche Verwaltung DDR nach wie vor rechtlich fortbesteht, aufgrund mangelnder Organisation aber handlungsunfähig ist, die BRD aber als staatsrechtliche Verwaltung mit der Aufhebung des Art. 23 alte Fassung GG am 17.7.1990 rechtlich untergegangen ist. Diese Tatsache durch hochstudierte Juristen vom Tisch gefegt, eröffnet den Verdacht des unbedingten Vorsatzes gegen Reichs- und Staatsangehörige zu handeln.

Im Briefkopf vom rqO ist folgend zu lesen: „Es wird darauf hingewiesen, sollte sich in dem Schriftsatz auf das Grundgesetz und nachfolgende Gesetze bezogen werden, so ist dies kein Anerkenntnis dieser, sondern ein Hinweis darauf, wie bei Geltung jener zu verfahren wäre.“

Auf diesen kurzen Spruch wird in den Schriftsätzen von rqO immer wieder hingewiesen. Auch in der sofortigen Beschwerde geht der rqO immer wieder auf entsprechende Entscheidungen hoher bundesdeutscher Gerichte ein, obwohl diese ohne eine rechtmäßige verfassungsgemäße Grundlage nichts weiter als Ausnahmegerichte darstellen. Er zitiert immer wieder aus den Entscheidungen dieser Gerichte in bezug auf die Verweigerung des rechtlichen Gehörs, der Verletzung des Rechtsschutzes und der Beugung des Rechts durch die „Richterschaft“. Auch dieses wird vom Tisch gefegt, um nicht darauf eingehen zu müssen, was den Verdacht auf unbedingten Vorsatz erhärtet. Die vollkommene Abrundung des unbedingten Vorsatzes aber erbringt immer wieder der verweigerte Nachweis, wann denn der verfassungsgebende Kraftakt des deutschen Volkes von dem die Präambel des GG so blumig verkündet, tatsächlich stattgefunden hat.

So hat der rqO im [Jahr 2020](#) genau dasselbe Landgericht Zwickau seinem Führer „General“ Kirst in Sachen „wilde Kommissare/Bürgerservice“ folgend vorgetragen:

Ist das wirklich so schwer, dass wer weiß wie viel Leut, die Rechtswissenschaft studiert, haben, dafür Examen abgelegt und letztendlich in Stellungen gelangt sind, in denen sie sich Richter nennen, einem solchen wie den Opelt aufzuzeigen, wann denn der verfassungsgebende Kraftakt tatsächlich stattgefunden hat, auf dass dieser sich dann ohne Angst haben zu müssen, dem Grundgesetz unterstellen kann, sich also nicht nach § 7 Abs. 5 des VStGB strafbar macht.

Auch diese Sache lag langjährig (4 Jahre) beim LG auf dem Eis und inzwischen ist „General“ Kirst an das Landessozialgericht Sachsens weitergezogen/aufgestiegen und sein Vize“offizier“ Hartmann hat nun die Ecken des LG Zwickau sauberfegen müssen damit dieses abwürdige Haus an einen neuen Führer besenrein übergeben werden kann. Aus einer solchen Ecke kam nun auch die Beschwerde vom rqO ans Tageslicht. Geradema 5 Jahre nach der Einlegung, die aber am AG Plauen geschah, das aber wegen der Unwilligkeit Tolksdorfs kurz vor dem Ruhestand sich noch mit solchem Ärger zu belasten, an das LG weitergegeben wurde.

So hat der Vize, nehme man einen Dienstgrad eines Oberstleutnant an, die Sache an einen unterstellten Major verwiesen.

Wenn man die Ausführungen des erneuten Beschlusses über die Sache ruhig betrachtet, könnte man vermeinen, dass dieser Major die Sache an einen Fahnenjunker ([Referendar](#)) zur Bearbeitung abgegeben hat mit entsprechenden Vorgaben. Vorgaben ([Frankfurter Dokumente](#)), wie sie die drei Westbesitzer ihren Untergebenen für das Grundgesetz gegeben haben.

So ist dann auch wieder in diesem Antwortschreiben seitens des LG folgend zu lesen:

„Im übrigen bringt der Schuldnervertreter nur zusammenhanglose und daher nicht nachvollziehbare Ausführungen.“

Kann man solchen Leut gegenüber Respekt bezeugen? Leut, die jeglichen Respekt gegenüber der Wahrheit vom Tisch wischen/in den Dreck treten?

Mitnichten! Es geht aber noch schlimmer. Diese Leut erdreisten sich diesen ausgetüftelten Dreck ihren Unteroffizieren (Justizangestellten) mit entsprechendem Druck/Anweisung/Befehl zu übergeben und ohne handschriftliche Unterschrift des tatsächlichen Verantwortlichen an die Beteiligten zu übersenden. Ohne handschriftliche Unterschrift entsprechend null und nichtig und auch [hier wieder die Entscheidung eines hohen Bundesgerichts](#). Immer wieder verwundert es, dass Justizangestellte, hier in der Mehrheit Frauen, besseres Wissen über Gesetze haben und dies vor allem auch noch anwenden können. diese Unteroffiziere also im grunde die besseren Richter/Offiziere wären.

[Wahrheitsverweigerung z. B. vom LG Chemnitz über das OLG Sachsen vom GrundGesetzGericht \(3 x G\) gerügt](#). Das aber nur, weil diese Wahrheitsverweigerung dem Nutzen der Herren des deutschen Volkes widersprach. Die gesamte andere Wahrheitsverweigerung, die auch vom 3 x G betrieben wird, ist aber zum Nutzen der selbsternannten Herren, weil diese [wichtige Männer](#) sind; so lautet es jedenfalls seitens eines anderen Generals. Nun sind wir die Leiter der Dienstgrade fast bis nach unten gestiegen und auf Höhe der Unteroffiziere stehengeblieben.

Wer aber ist das gemeine Fußvolk (Soldaten)?

Das sind die Bewohner des Bundesgebietes, deren das deutsche Volk noch ein Teil ist, die allesamt angeblich dem Völkerrecht verpflichtet wären, so zumindest nach Art. 25 des GG, das aber wiederum bekanntlicherweise rechtsungültig ist.

Ja die Bewohner des Bundesgebietes aus denen das Fußvolk gebildet ist. Und selbst das Fußvolk wird noch in Dienstgrade unterteilt, vom einfachen Muschpoke, wie man einst Söldner/geringfügige Soldaten genannt hat, weil sie für ihre Umgebung als unangenehm wahrgenommen wurden, die man heute auch als Pappkamerad des deutschen Michels bezeichnen könnte, hinüber zu den Gefreitedienstgraden, die sich oftmals die Gutmenschen erstreiten. Gutmenschen über die verschiedenen Stufen bis zum Oberstabsgefreiten. Ja wenn ein solcher Dienstgrad nichts darstellt, einer der Oberen Diener des Stabs sein zu dürfen? Solche Diener unter denen sich auch die Nepper, Schlepper Bauernfänger tummeln.

Will ich Schlussmachen hier um nicht wieder mit meinem Zorn die Gefahr einzugehen in den Hass zu kippen.

Warum aber habe ich all das wieder auf den Tisch zurückgeholt? All den ganzen Dreck, der unter Strafanträge/Strafanzeigen bei bundvfd.de steht? Ich will damit immer wieder aufzeigen, dass es keinerlei Zweck hat als Einzelner, auch wenn man sich noch soweit hinausbeugt, sich dem herrschenden Regime entgegenzustellen. Man wird als einzelnes sprichwörtliches Streichholz gebrochen. Das Streichholz, das aber im Bündel immer stärker wird, umso mehr man Streichhölzer hinzufügt. Und ein großes Bündel letztendlich ein geistiges Feuer entfachen kann, das gegen das Höllenfeuer besteht.

Das soll nichts weiter heißen, als dass gerade das deutsche Volk die Möglichkeit hat, sich mit einer wahrhaften und vom deutschen Volk tatsächlich in Kraft gesetzten Verfassung die Würde des Menschen zu sichern, die Rechte, die in den zwei Menschenrechtspakten verbindlich festgeschrieben stehen, anzueignen. Aber wie äußerte sich schon der Liebhaber Wronski von Anna Karenina in dem gleichnamigen Roman von Lew Tolstoi? „Sie verweigern ihre Pflichten, die ihnen ihre Rechte aufgeben.“

Es gibt unzählige Generäle der Art Harras in der BRiD, mehr noch Offiziere und Unteroffiziere. Was soll mit diesen werden, wenn sie endlich zu dem Verständnis kommen, dass was abläuft auf dem selben Plan beruht, auf den das Geschehnis der beiden letzten großen Kriege im 20. Jahrhundert abgelaufen ist? Sollen sie alle zu Selbstmördern werden? Mitnichten, denn ein jedes Menschenleben, das durch Gewalt endet, ist ein Menschenleben zu viel verloren. Wie aber sollen

sie aus der falschen Ausrichtung in eine vernunftbegabte Welt wechseln? Mitnichten über eine Siegerjustiz wie sie nach 1945 abgehalten wurde, sondern vernunftbegabt, also über eine vernunftbegabte Gewalt, die wiederum durch das verbindliche Völkerrecht in Erscheinung tritt.

Es ist also allen, die sich bis dato fälschlicherweise dem rechtsungültigen GG unterstellen, gegeben, auf Grundlage des verbindlichen Völkerrechts die Seite zu wechseln. Die Seite vom Unrecht zum Recht. Das können sie ohne, dass sie einen Eid brechen, im Gegenteil, sie erfüllen endlich ihren Eid, mit dem sie sich der Wahrheit und dem Wohl des deutschen Volkes verpflichtet haben. Jene, die sich mit unbedingtem Vorsatze ihrem Eidesbruch hingegeben haben, ist ohne Zweifel mit vernunftbegabter Gewalt der Prozess zu machen. Die große Menge aber, die sich verblendet in das Unrecht ziehen ließ, wird aufgrund ihrer Ausbildung auch für eine neue Verwaltung gebraucht. Diese neue Verwaltung auf der Grundlage einer wahrhaften und vom Volk tatsächlich in Kraft gesetzten Verfassung.

Auf dieser Grundlage können sich dann die Verblendeten tatsächlich zum Wohle des deutschen Volkes bewähren. Das aber nur mit der unbedingten Gewissheit, dass wenn sie sich erneut gegen das Wohl des Volkes richten, sie mit aller Härte der vernunftbegrenzten Gewalt zu rechnen haben. Ja, genau das verbürgt einen anderen Ablauf als nach 1945, denn seit dem ist die Gewalt nicht vernunftgemäß begrenzt, sondern auf der Grundlage der besatzungsrechtlichen Gewalt gestanden. Besatzungsrecht, das zum Nutzen der selbsternannten Herren dient, Besatzungsgewalt, die doch nicht anders wie die Gewalt der Hitlerschergen ausartet. Ausartet in der Folterhöhle Guantanamo, deren Außenstellen in Georgien, Rumänien, Polen und besonders bekannt im Irak (Abu Graib), Folterhöhlen, die durchaus denen der SS und SA vergleichbar sind. Diese Folterhöhlen der Zionisten, deren gesonderter Führer den Staat Israel mit Militärgesetzen beherrschen und dieses Regime inzwischen weltweit mit dem Vorwurf der Apartheid belastet wird. Human Rights Watch, eine Menschenrechtsorganisation der Vereinten Nationen, die solange der USI in den Vereinten Nationen noch eine Meinung haben darf, zwiespältig in ihren Beschlüssen ist. So also nicht klar dem Menschenrecht dienen kann. Was anderes ist es dann mit Organisationen, die nicht den Vereinten Nationen angehören; Organisationen wie Green Peace, wie Attac oder Amnesty? Diese Organisationen arbeiten auf der Grundlage privater Finanzierung und stellen sich der stärkeren Meinung zur Verfügung.

Was ist jetzt mit Amnesty passiert?

Da erdreistet sich doch diese Organisation einen [Bericht zu erstellen](#), der Israel als Apartheidsstaat bezeichnet.

Ach ja, eine Adresse von RT deutsch, also wieder einmal die Russen, die sich immer wieder erdreisten die Wahrheit aufzuzeigen. Es gibt aber auch noch andere ehrliche Menschen, wie man sie auf der Seite „Sicht vom Hochblauen“ von Frau Evelyn Hecht Galinski aus dem [Blickwinkel von Frau Alie Komane](#) erfahren kann, die das Problem der Apartheid in Israel auch aufzeigt.

Aber von wegen, da gibt es ja noch die vom USI beherrschte USA und in dessen Sog die BRiD Verwaltung, die sich klar dagegenstellen. Ja, die BRiD, deren gleichgeschaltete faschistische Parteiendiktatur die Räson der mangels Organisation (fehlende Verfassung) handlungsunfähigen deutschen Staat am 26.4.2018 dem zionistischen Regime Israels vor die Füße in den Staub geworfen hat.

Wie kommt nun Amnesty dazu Israel die Apartheid anzudichten? Ah, da gibt es das Problem, dass Ende Februar bis Anfang April vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen Resolutionen zur Verabschiedung vorgelegt werden. Es scheint sicher zu sein, dass dabei die Mehrheit den Resolutionen zustimmt.

Und erneut ist die BRiD Verwaltung gestützt durch den schlafmützigen Michel wieder einmal dagegen, also auf der Seite des Unrechts.

2. Sammelsurium

Kommen wir doch als erstes wieder einmal auf das leidige Problem von Corona zurück. Da meinte der neue Führer der Gruppe, die die Krankheit in der BRiD verwalten, Leut Lauterbach im Dezember, dass es in der BRiD zu wenig Stoff gäbe um die Menschen schützen zu können. Gibt es aber in Wahrheit nicht zu viel Stoff, mit dem die Menschen ihrer Gesundheit beraubt werden? Na ja, jedenfalls brachte dann Mitte Januar die „Epoche Times“ (ET) eine Nachricht darüber. Ich persönlich mag die „ET“ mit ihren Nachrichten nicht allzu sehr, weil sie meiner Meinung nach in bezug auf die Russische Föderation und die VR China die neutrale Berichterstattung zu deren Ungunsten verletzt. Aber wie gesagt, ist das mein ganz eigenes persönliches Problem. Jedenfalls hat die [„ET“ über die Sache Lauterbach](#) berichtet und dabei auf eine [„kleine Anfrage“ der Afd vom 23.12.2021](#) an die Bundesregierung verwiesen. Und tatsächlich hat die „ET“ auch die entsprechende Adresse dabei, wo man die Anfrage lesen kann. Am 23.12.2021, ein Tag vor Heiligabend! War das nicht das Datum, als man im [US Kongress 1913 den Federal Reserve Act durchgesetzt](#) hat? Ja die Goldman Sachs Partei ist schon bemerkenswert. Man glaube es kaum antwortete das BRiD Regime auf diese kleine Anfrage trotz allem [bereits am 14.1.2022](#) auch diesen Text kann man über eine Adresse bei „ET“ finden. Es macht aber wahrlich keinen Spaß, weder die kleine Anfrage der Afd noch die Antwort des BRiD Regimes zu lesen und deshalb bin ich der Meinung, dass man dann doch auf den Text der „ET“ zurückgreifen sollte, da dieser den Wirrwarr im Anfrage- und Antwort-Spiel einfacher und deutlicher zusammenfasst. Also hat General Lauterbach mit seiner Panikmache voll in die Tasten des Profits der Pharmaindustrie geschlagen. Acht Dosen Weststoff für oder wider den Corona Erreger würde es bis in das Jahr 2023 pro Bewohner des Bundesgebietes geben. Eine Ungeheuerlichkeit. Acht Dosen Aluminiumhydroxid und anderen Dreck soll jeder Bewohner ein gepresst bekommen und das umso schneller, umso besser, da das Aluminiumhydroxid das Denkvermögen der Menschen zerstört und die Menschen dann nicht mehr merken können, was mit ihnen eigentlich geschieht. Lauterbach meint, dass ein [„Boostern“, ein hochgelobtes michelianisches Denglisch](#), gerade einmal drei Monate anhält. Aha, Impfen, Impfen, Impfen ist die Devise, um den [erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt](#) des deutschen Volkes in der Präambel des GG weiter in Vergessenheit geraten zu lassen. Ja und den Einspruch des rQO gegen die letzte Bundestagswahl, der von der [Wahlausschusskommission zur Bearbeitung angenommen](#) wurde, muss auch in Vergessenheit geraten, denn wenn dieser wahrheitsgemäß bearbeitet würde, wäre es das Aus für das BRiD Regime und somit dieser neue Führer der Gruppe der Krankheitsverwalter seinen erquicklichen Posten los. Die „ET“ berichtet von der EMA, die ein zu häufiges Auffrischen („Boostern“) als gesundheitsschädlich bezeichnet, was man auch beim [ZDF erfahren](#) kann. Hier kommt aber Offizier Kubicki zu Wort, der sich schnellstmöglich den vierten Stich abholen will. Den eigentlichen **Stich** hat er aber nicht im Arm, sondern ganz woanders und ob er die Wahrheit über seinen vierten und die vorherigen Stiche sagt, ist ebenfalls noch sehr fraglich. Denn in anderer Sache lügt er bewiesenermaßen wie gedruckt, was aber die Bewohner des Bundesgebietes, zu denen der deutsche Michel noch gehört, nicht weiter zu stören scheint.

Ich war am 2. Februar, ja dieses Jahr in 2022, wieder einmal bei meiner Blumenfrau, die sich ebenfalls mit kolloidalem Silber schützt. Einer ihrer Geschäftskollegen hat sie zwecks des Impfens ein klein wenig lustig als Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Er war vor einiger Zeit ein kerngesunder Mensch, hat sich die erste und zweite Corona Spritze abgeholt und sich vor kurzem „Boostern“ lassen, daraufhin ein dreifacher Schlaganfall mit der Sicherheit nie wieder seinen Beruf ausüben zu können. ein junger Mensch mit 30 Jahren, den man mit Impfen das Leben genommen hat. und das ist mit Sicherheit hunderttausende Male in der BRiD der Fall, was aber nicht rauskommt, weil man auch diesen Fall nicht mit dem Corona Impfen im Zusammenhang bringen

wird.

Mein lieber Herr Gesangsverein, was soll noch alles geschehen bis der deutsche Michel endlich kapiert, dass der Corona Wahnsinn nur eines von tausenden Dingen ist, die endlich bereinigt werden müssen, und das das nur mit einer wahrhaften und vom deutschen Volk tatsächlich in Kraft gesetzten Verfassung erledigt werden kann.

Das Auffrischen durch immer wieder erneute Spritzen ist letztendlich ein Unding. Kinder, die an so etwas erkranken, bauen bis zur Pubertät einen starken inneren Körperschutz dagegen auf, den man Immunität nennt, alles was danach kommt, sei es Heuschnupfen, Masern, Grippe und der ganze andere Dreck, ist dann nicht mehr durch die körpereigene Abwehr abgeschirmt. So braucht es z. B. für den Wundstarkampf, die Tollwut oder auch den Zeckenbiss einen entsprechenden Schutz, der aber über Jahre anhält, vor allem wenn er wie wir ihn zu DDR Zeiten bekommen haben, nicht mit anderen Dreck wie z. B. dem Aluminiumhydroxid belastet ist, so aber bringen die Auffrischungen die Folge einer Gesundheitsschwächung mit sich, dem dann die Menschen je nach Grad ihrer Schwächung erliegen werden. Deswegen die inzwischen sichergestellte 8-fache Spritzung gegen Corona.

Ein kurzer Blick nach Österreich.

Dort wurden Ende Januar die Maßnahmen gegen Ungeimpfte geloockert., andererseits jedoch trat mit Beschluss des österreichischen Bundesrats am 5.2.2022 die Impfpflicht in Kraft.

Wie passt das zusammen und was ist mit Leut Kurz, der sich wegen Frau und Sohn aus der Politik zurückgezogen hat, vorher aber von Sputnik V faselte, dieser aber in Österreich nicht verwendet wird, dafür aber jetzt einen erquicklichen Posten im Silicon Valley der USA bekam. Es ist also dafür gesorgt, dass ein Jeder systemrelevante Diener weiter am gut gefüllten Futtertrog verbleiben kann.

Sollte hier nicht jeder selbsttätig nachdenken, was nun auch in der BRiD in der Sache Impfpflicht geschehen soll? Nachdenken, solange es noch nicht durch Aluminiumhydroxid blockiert ist.

Kommen wir zu einer eigentlich erfreulichen Sache

Da fordert doch der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft ein Helsinki 2.0 statt Kriegsgeschrei. Dieser Ostausschuss (OAW) hat schon des Öfteren deutliche Worte gefunden, um sich gegen den Irrsinn der bridlerischen Politik und die des neuen Reichs/EU zu stellen.

So z. B. hat er einen klaren Standpunkt gegen die Sanktionen unter Trump gegen Nord Stream 2 bezogen.

Der OAW setzte dabei Hoffnung auf Biden und Blinken, die aber inzwischen gerade von diesen selbsternannten „Demokraten“ zerschlagen wurden. Ein solcher „Demokrat“ als Führer in der westlichen Welt ist nun einmal nichts weiter als ein Volksbeherrscher und das neue Reich/EU ist die Vorstufe dieser Volksbeherrschung/Eine-Weltregierung in Europa. So kann der OAW, so gut wie er sich stellt, mit keinerlei Hoffnung, die sich erfüllt, rechnen, weil er nicht wahrhaben will, was tatsächlich gehauen und gestochen ist.

Mehr als recht hat der OAW, dass ein Krieg in Osteuropa (Ukraine) furchtbares Leid für die Menschen bringen würde. Furchtbares Leid, was die Ostukrainer aber inzwischen aufgebürdet bekommen und das insbesondere mit Unterstützung der westlichen Welt. Und ja, die gesamte Wirtschaft würde ein solcher Krieg zurückwerfen und das nicht nur um Jahrzehnte und auch nicht

nur in Europa, da steckt der OAW die Grenzen der Auswirkungen eines solchen Krieges zu eng.

Es stimmt, was der OAW sagt, dass militärische Muskelspiele in keinem Fall zu einer Entspannung führen können. aber sind es nicht auch wirtschaftliche Muskelspiele, wenn mit entsprechenden Sanktionen gearbeitet wird? Warum stellt sich gegen diese der OAW nicht genauso klar und deutlich wie gegen die militärischen? Denn richtig ist, was der OAW schreibt, dass aus verlässlichen Geschäftspartnern Freunde werden. Wie aber kann die deutsche Wirtschaft verlässlich sein, wenn sie sich von einem rechtsstaatswidrigen Regime der BRiD und auch dem neuen Reich/EU Dinge vorschreiben lässt, die jedweder Verlässlichkeit verhindern? Da können deutsche Unternehmen noch soviel Verantwortung in Russland tragen, wenn denn diese sich nicht ihrer Verantwortung auch im Westen Europas bewusst werden.

Wenn die Mitarbeiter der deutschen Firmen in Russland mit ihrer tagtäglichen Arbeit die Grundlage des Vertrauens schaffen, sollte das auch in Westeuropa geschehen, denn dort ist der Ausgangspunkt des Kriegsgeschreis.

Aber dann eine große Wissenslücke bei OAW, dazu hole ich hier ein Zitat her: „**Menschen, nicht Staaten, bauen Vertrauen auf.**“

Ja, es stimmt, dass Menschen das Vertrauen aufbauen, aber die Menschen als Einzelner in der Gesamtheit der Staatsangehörigen, sind in einer Volksherrschaft der Staat. Damit baut also letztendlich der Staat in Zusammenarbeit mit dem anderen Staat Vertrauen auf.

Hier ist OAW im geistigen Irrgarten gefangen, da leider beim Begriff „Demokratie“ der Unterschied nicht erkannt wird. Der Unterschied, in der westlichen Welt bedeutet Demokratie Volksbeherrschung und im russischen Staat Volksherrschaft. Und genau diese Volksherrschaft in Russland soll seitens der selbsternannten Herren der Welt wieder zerstört werden.

Wenn aber der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft dieses begreifen würde, dann wäre er zumindest in seiner mittelständigen Wirtschaft ein Signal für den Weltfrieden.

Und noch einmal zum Irren des OAW.

Die „Bundesbürger“ würden sich mehrheitlich eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem neuen Reich/EU und Russland wünschen. Wie kann eine Vorstufe der Einen-Welt-Regierung besser mit Russland zusammenarbeiten? Das ist wohl doch nicht möglich.

Und jetzt noch die Frage, was denn ein Bundesbürger ist?

Das wäre ein Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland. Da dieses Gebilde aber kein Staat war und ist, kann es auch keine Staatsangehörige haben, umso mehr nicht, da das [deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahr 1999](#) noch nicht einmal einen Geltungsbereich hat und daher das Gebiet aus dem solche Angehörigen stammen sollen, nicht festhält. Außerdem ist ein solches Gesetz aus dem Jahr 1999 ohne eine rechtsgültige verfassungsgemäße Grundlage, die das Rechtsstaatsprinzip ausmacht, eine willkürliche Regel. Hier sieht man also ebenfalls ganz klar die Schwierigkeiten der heutigen durchaus ehrlichen Opposition. Ehrliche Opposition des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, die aber in Opportunismus verhangen ist, weil es das rechtsungültige Grundgesetz als Verfassung anerkennt und damit den erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt des deutschen Volkes, der unverblümt in der Präambel des GG prangt, duldet.

Könnte man daher das GG als Trojanisches Pferd in den Köpfen der Deutschen bezeichnen? [Trojanisches Pferd](#), der Name eines Nato Manövers in Sachsen.

Seit dem 1. Februar und weitergehend bis zum 8. Februar erdreisten sich Nato Truppen auf sächsischem Gebiet Kriegsspiele zu veranstalten.

War da nicht [die Sprache davon](#), dass die Nato sich nicht in die „befreite“ DDR ausbreitet?

Aber wie verlässlich ist ein Handschlaggeschäft mit einem Verbrecher?

So kann sich denn Russland inzwischen nur auf die schriftlichen vertraglichen Verhandlungen aus dem Jahr 1999 in Istanbul und aus dem Jahr 2010 in Astana berufen. Und selbst diese schriftlichen

Verträge versucht der ach so demokratische Westen vom Tisch zu wischen. Etwas tiefer in diese Sache hineingeschaut, da kommen wir bei den [Dokumenten von Istanbul](#) auf folgendes:

„2. Auf dem Ministerratstreffen 1997 in Kopenhagen wurde ein Beschluss über das Gemeinsame Konzept für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen einander verstärkenden Institutionen gefasst. Wir stellen fest, dass seither ein umfassendes Netz von Kontakten geknüpft wurde, insbesondere die zunehmende Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen, die sowohl im politisch-militärischen Bereich als auch in der menschlichen und der wirtschaftlichen Dimension der Sicherheit aktiv sind, sowie die Festigung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den verschiedenen Gremien und Organisationen der Vereinten Nationen, wobei wir auf die Rolle der OSZE als regionale Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen verweisen. Wir sind entschlossen, dies weiter zu entwickeln.“

Aha, schon wieder ein Hinweis auf die [OSZE Ministerrunde von Kopenhagen aus dem Jahr 1997](#) und dabei auf einen Artikel V irgendeines Anhanges.

Wäre doch interessant zu wissen, was darinsteht, oder? Also hat sich eine 72jährige EDV Facharbeiterin (meine ppC), die nicht aufgehört hat dazuzulernen, mal dahintergeklemmt. Man kommt dabei auf den [Vertrag von Dayton](#). Dann dazu der entsprechende Anhang B und dessen Art. V, wobei der Art. IV sehr viel interessanter ist, denn in bezug auf Bosnien Herzegowina wurde der Stand der jeweiligen Stärke der verschiedenen Lager eingefroren, wobei das erklärt, worauf sich die russische Regierung bezieht, wenn sie davon spricht, dass die Nato sich in den Stand von 1997 zurückziehen hat. Also z. B. sich selbst und ihr militärisches Gerät aus Rumänien und Polen abzuziehen hat.

Zwecks des Anhang B schlage ich die Seite OSZE Jahrbuch 2000 vor, wo man nicht nur den Wortlaut der Art. IV und V erfahren kann, sondern auch, wie ich vermeine, eine sehr [neutrale Erläuterung](#) dazu.

Und nun noch ein Blick in die [Dokumente von Astana 2010](#); da kann man folgernd erfahren:

„8. Die Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung sind und bleiben wichtige Instrumente zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz und sollten mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden. Wir messen der Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation große Bedeutung bei und sehen der Überarbeitung des Wiener Dokuments 1999 mit Interesse entgegen. Wir würdigen den Beitrag des KSE-Vertrags zur Schaffung eines stabilen und berechenbaren Umfelds für alle OSZE-Teilnehmerstaaten....“

Aha, die KSZE aus der die OSZE entstand; das Ende der KSZE durch den 2+4 Vertrag (Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland), der bekanntlicherweise wegen [unheilbarer Widersprüche](#) nicht in Kraft treten konnte. Und nun vermeint der Westen, dass er im selben Stil mit Istanbul und Astana verfahren kann, aber inzwischen durch die starken Völker Russlands und der VR China nicht von den Vereinbarungen losgelassen wird. Daraus entsteht die Hetze, die man schon nicht mehr Propaganda nennen kann, die der Mainstream von sich lässt. Hetze in Bezug auf Russland wegen der Ukraine und Hetze gegen China insbesondere im zuge der derzeitigen Olympischen Winterspiele in Beijing. Ganz China hat nur gebebt vor Zittern, weil der USI in Form des Sprechers der Außenstelle [Leut Ned Price](#) China gewarnt hat die Sanktionen gegen Russland zu umgehen. Oh ja, gezittert, aber nicht vor Angst, sondern vor lauthalsen Lachen des chinesischen Volkes über den lächerlichen im Abstieg befindlichen selbsternannten Weltensheriff. Sehr wohl hat sich auch die VR China [gegen die Nato Osterweiterung](#) ausgesprochen. Der russische Präsident

Wladimir Putin hat sich mit dem chinesischen Präsident Xi Jinping vor Eröffnung der Olympischen Spiele getroffen, um sich gegenseitig für eine weitere Zusammenarbeit für eine wahre Demokratie/Volksherrschaft zu verpflichten. Das ist das, was die selbsternannten Herren der Welt in ihrem Hass zum Kochen bringt und deswegen ihren augendienenden Mainstream die Messer wetzen lässt. Was aber Wladimir Putin und Xi Jinping tatsächlich vereinbart haben, beruht klar auf der Grundlage des verbindlichen Völkerrechts und den OSZE Beschlüssen von Istanbul und Astana, was man dann auch ausführlicher bei der [russischen Presse](#) und [chinesischen Presse](#) zur Kenntnis nehmen kann, wenn man denn will.

Nun klar dummes Michel, es ist verständlich, dass es nicht lustig ist [ohne Kasper](#) zu leben, auch wenn es der deines Herzens ist.

Manchmal braucht es nun einmal einen [Schlag im Gehirn](#) gegen das Denken und keinen Schlag auf den Hinterkopf, der das Denkvermögen fördert.

Deswegen haben jetzt deine denkfähigeren [Pappkameraden](#) [neue Spielkameraden](#) vom USI bekommen.

Olaf Thomas Opelt
[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland
[Bundvfd.de](#)